



Blick aus Richtung Hüttenbergstraße über das künftige Baufeld Richtung der Wohnbau-Häuser an der Aubach.

(Foto: Schepp)

Auch in Allendorf rumort es

Unterschriftensammlung gegen Bebauung am Krautgarten – Ortsvorsteher: Projekt dient »Gesamtwohl«

Gießen-Allendorf (mö). In Rödgen haben sich die Gemüter wegen der Wohngebietsplanung »In der Roos« mittlerweile beruhigt, dafür hat die Stadt jetzt Ärger mit ihren Plänen für eine wohnbauliche Nachverdichtung an der Brüder-Grimm-Schule in Kleindind. Und nun rumort es auch noch im Nachbardorf. Eine »Initiative Allendorf« hat nach eigenen Angaben bereits rund 250 Unterschriften gegen die geplante Wohnbebauung Krautgarten/Kleefeld am südlichen Ortsrand gesammelt. Das ursprüngliche Konzept des Seniorenwohnens sei »ersatzlos gestrichen« und durch »kommerziellen Wohnungsbau für Jedermann« ersetzt worden, heißt es in einer Erklärung der Initiative.

Es geht um fünf Wohnhäuser mit 42 Wohnungen, davon wird ein Haus für den sozialen Wohnungsbau reserviert. Umgesetzt wird das Vorhaben vom Gießener Unternehmen Revikon, dessen Geschäftsführer Daniel Beitlich selbst in Allendorf wohnt. Das Ziel, »die Bebauung dieser Fläche zu verhindern«, wie es in der Mitteilung der Initiative heißt, ist freilich wenig realistisch. Denn das Stadtparlament hat am 21. Juni beschlossen, die für das Projekt benötigten Flächen an die Revikon zu verkaufen. Da sich das Vorhaben, zu dem auch 60 Parkplätze gehören, nach Meinung der Stadt in die Umgebung einfügt, reicht ein Baugenehmigungsverfahren gemäß Paragraf 34 Baugesetzbuch. Das heißt: Die Genehmigung erteilt die städtische Bauordnungsbehörde, einen gesonderten Bebauungsplan, den das Stadtparlament beschließen müsste, wird es nicht geben.

Die Initiative, deren Vertreter namentlich

nicht in der Zeitung erscheinen wollen, kritisiert, dass die Gebäude im Überschwemmungsgebiet des Kleebachs entstehen sollen, eine innerdörfliche Grünfläche überbaut, den Kindern Platz für »sicheres Spielen und Bolzen« genommen werde, gleichzeitig steige das Verkehrsaufkommen. Im Ergebnis führe das Projekt zu einer »massiven Nachverdichtung im alten Ortskern«.

Mit »Verwunderung« haben die Ortsbeiratsfraktionen von SPD, Freien Wählern und Grünen, die das Projekt unterstützen, den Protest zur Kenntnis genommen und stehen laut einer gemeinsamen Erklärung den Kritikern »gerne für ein Gespräch zur sachlichen Aufklärung« zur Verfügung. CDU-Ortsbeiratsmitglied Dirk Steinmüller habe das Vorhaben zunächst auch mitgetragen, sei nun aber offenbar ins Lager der Gegner übergelaufen, bedauert Ortsvorsteher Thomas Euler (SPD).

Euler ärgert »Verunglimpfungen«

Punkt für Punkt gehen die drei Fraktionen auf die Kritik ein: So würden Spiel- sowie Bolzplatz erhalten und nur etwas verlegt. Der Hochwasserschutz bleibe durch Schaffung von Ersatzflächen und kellerlose Bauweise gewährleistet. Die verkehrliche Erschließung laufe nur über die Straße Aubach und damit nicht auf dem Schulweg der Grundschulkinder, zudem sei die Belastung durch zusätzliche Pkw-Fahrten überschaubar. Außerdem liege Allendorf »im Grünen«, dass eine »der letzten Grünflächen« im Dorf

verschwinde, sei falsch. Obwohl zu dem Projekt in den öffentlichen Sitzungen des Ortsbeirats breit informiert worden sei, würde jetzt von der Initiative »wider besseres Wissen unwahre Angaben gemacht«.

Ortsvorsteher Euler ärgert sich auch darüber, dass er, die in Allendorf lebende Bürgermeisterin Gerda Weigel-Greilich (Grüne) und Revikon-Chef Beitlich durch die Initiative »verunglimpft« würden und spielt damit unter anderem auf eine Formulierung der Kritiker an. »Nach mir die Sintflut – vom Abschiedsgeschenk der grünen Bürgermeisterin an ihr Heimatdorf«, überschrieb die Initiative ihre Presseerklärung.

Weigel-Greilich ist zuständig für das Projekt, weil die Bauordnungsbehörde zu ihrem Dezernat gehört und sie laut Geschäftsverteilungsplan im Magistrat den Ortsbeirat Allendorf zu betreuen hat. Die Grünen-Politikerin wird aber nicht aus städtischen Diensten ausscheiden, sondern gibt zum 1. November nur den Titel Bürgermeisterin an Peter Neidel (CDU) ab. Morgen soll sie im Stadtparlament zur Stadträtin gewählt werden, ihre Zuständigkeiten wird sie behalten.

Dass das ursprüngliche Projekt mit seniorengerechten Wohnungen nicht mehr weiterverfolgt wird, liegt laut Euler daran, dass die AWO abgewinkt habe, weil das Vorhaben zu klein sei. Daher sei der Ortsbeirat auf eine normale Wohnbebauung umgeschwenkt und habe letztlich eine »gute Mischung« aus barrierefreien Wohnungen für Eigentümer jeden Alters und den sozialen Wohnungsbau gefunden. »Wir haben das Gesamtwohl Allendorfs im Auge«, betont Euler.